Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

wir laden Euch herzlich ein zur landesweiten Tagung der baden-württembergischen SPD-Initiative *Mehr Diplomatie wagen*.

wann: am Samstag, 25. Oktober 2025, 11 Uhr bis 17 Uhr
wo: Zigarre in Heilbronn
Kunst-und Kulturwerkstatt, Achtungsstraßr 37
Nähe Hauptbahnhof

Mit dieser Tagung zum Manifest der SPD-Friedenskreise wollen wir in unserer Partei ein deutliches Zeichen für Frieden, gegen Hochrüstung und Krieg setzen.
Die SPD muss Friedenspartei bleiben!!!

Weil angeblich die Gefahr eines Angriffs Russland auf Europa und die NATO droht, soll Deutschland wieder „kriegstüchtig" werden. Deshalb sollen künftig 5 % des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgegeben werden, unfassbare 210 Milliarden pro Jahr, eine Summe, die unseren Sozialstaat kaputt macht. Viele Menschen kritisieren diese Politik, gleichwohl wird aber das neue Wettrüsten von der Mehrzahl der Repräsentanten unserer Partei unterstützt.

Dagegen regt sich Widerstand. Wir begrüßen daher ausdrücklich das „Manifest", das die SPD-Friedenskreise unter dem Motto „Friedenssicherung in Europa durch Verteidigungsfähigkeit, Rüstungskontrolle und Verständigung" veröffentlicht haben.

Wir freuen uns ganz besonders, gleich zwei der Erstunterzeichner des Manifests als Redner bei unserer Tagung begrüßen zu dürfen:

Dr. Rolf Mützenich MdB
und
Dr. Ralf Stegner MdB

Begrüßung: **OB Harry Mergel**
Als Gast der Initiative **„Aufbruch zum Frieden"** hat
Winfried Hermann, Landesverkehrsminister (Grüne),
sein Kommen zugesagt.

Wir alle freuen uns auf Euer Kommen und bitten um Anmeldung unter:
www.diplomatieinitiave.de.

Mit solidarischen Grüßen

Ismayil Arslan, Lothar Binding, Dr. Ulrich Bausch, Prof. Dr. Wolfgnag Däubler, Dr. Marc Dressler, Reinhard Glatzel, Gislind Gruber-Seibold, Rita Haller-Haid, Alfred & Susanne Huber, Ingrid Laitenberger-Schierle, Hilde Mattheis, Thomas Puchan, Holger Rothbauer, Marlene Rupprecht, Dr. Andreas Stiegele, Prof. Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Dr. Theodor Ziegler.

Heilbronner Erklärung

Diplomatie statt Aufrüstung
Verhandlungen statt Kriegsverlängerung

Der Versuch, den Konflikt mit Russland militärisch zu lösen, um die russische Aggression zurückzudrängen, ist gescheitert. Obwohl offensichtlich ist, was Fachleute seit langem vorhersagen, dass dieser Krieg von der Ukraine nicht gewonnen werden kann, weigern sich die Bundesregierung und ihre europäischen Partner, bedingungslose Verhandlungen mit Russland aufzunehmen.

Die Forderung, erst nach einem Waffenstillstand zu verhandeln, ist Diplomatie- und Dialogverweigerung, denn auch ein Waffenstillstand müsste herbei verhandelt werden.

Darüber hinaus ist es verantwortungslos, die Ebene der Diplomatie einem unberechenbaren Autokraten im Weißen Haus zu überlassen, der eine antieuropäische Agenda verfolgt und dem es vor allem um ukrainische Bodenschätze und um die Förderung der US-amerikanischen Rüstungs- und Energieindustrie geht.

Die Behauptung, die Nato sei ohne die USA nicht verteidigungsfähig, ist absurd. Zahlreiche Studien belegen, dass der Westen auch ohne die USA in allen relevanten Waffengattungen überlegen ist. Wer unterstellt, eine Armee, die es ohne direkte Natobeteiligung in drei Jahren nicht einmal schafft, bis nach Kiev vorzudringen, sei eine Bedrohung für Deutschland, begeht systematische Irreführung der Bevölkerung.

Deshalb fordern wir statt eines weiteren unbezahlbaren Rüstungswettlaufs mehr Mittel für den Erhalt des Sozialstaaates.

Deshalb sagen wir **Nein zur Militarisierung unserer Gesellschaft und Nein zu neuen Mittelstreckenraketen**.

Wir fordern von der Bundesregierung eine sofortige diplomatische Initiative und Verhandlungen mit Moskau, in denen auch die Sicherheitsinteressen Russlands respektiert werden.

Wir fordern unsere Partei auf, ihre verhängnisvolle Aufrüstungspolitik zu beenden und sich für eine neue Entspannungspolitik einzusetzen. Wir unterstützen deshalb ausdrücklich das Manifest der SPD-Friedenskreise. Wir erwarten, dass über dessen Ziele und Aussagen breit diskutiert wird und dass unsere Partei diese Debatte ermöglicht und fördert.

Wir beauftragen die baden-württembergische Initiative MEHR DIPLOMATIE WAGEN als Initiatorin des heutigen Treffens, diese in der SPD dringend notwendige friedenspolitische Debatte zu koordinieren und weitere friedenspolitische Veranstaltungen zu anzustoßen.